G-1-265 Vorsorge, Verlässlichkeit und gute Arbeit: Das Gesundheitssystem von morgen gestalten

Antragsteller*in: Landesvorstand GJ NRW
Beschlussdatum: 03.08.2021

Änderungsantrag zu G-1

Von Zeile 265 bis 269 einfügen:
Ausbildung als auch in Fortbildungen ein verpflichtendes Angebot geben. Der Zugang zur Gesundheitsversorgung muss für queere Menschen verbessert werden. Besonders queere Kinder und Jugendliche sind in der Gesellschaft noch immer Druck und Ausgrenzung ausgesetzt. Durch die Förderung von queerfreundlichen Aufklärungsprogrammen zu sexueller Gesundheit und auch therapeutischen Angeboten zu sexualisierter Gewalt, kann präventiv gegen Ausgrenzung und für Akzeptanz sorgen. Ob somatische, psychosomatische, psychotherapeutische und psychiatrische Versorgung: sie muss niedrigschwellig erreichbar sein und den individuellen Bedarfen gerecht werden. Besonders AIDS, aber auch andere STIs (sexually transmitted infections) sind in der Gesellschaft noch immer mit einer Stigmatisierung und queerfeindlichen Narrativen verknüpft. Wir wollen Zentren der sexuellen Gesundheit etablieren, ohne den Staat und die gesetzlichen Krankenkassen aus der Verantwortung zu lassen. Gerade für vulnerable Gruppen wir Sexarbeiter*innen ist der Staat hier in der Pflicht.
Die Einschränkungen, faktisch das Verbot der Blutspende für bisexuelle und schwule Männer und trans* Menschen muss endlich abgeschafft werden, dafür setzten wir uns aktiv im Bund ein.

Begründung

Queere Menschen sind in der Gesellschaft massiven Diskriminierungen ausgesetzt. Besonders betroffen sind queere Jugendliche. Dagegen setzten wir uns als GRÜNE aktiv ein. Queerfreundliche Aufklärungsprogramme sind ein Mittel, um Akzeptanz für vielfältige sexuelle Orientierungen und Identitäten zu schaffen. Deswegen wollen wir diese fördern. Diskriminierend sind auch die Stigmatisierungen im Bereich STI's, weswegen es neue Strategien braucht. Eine davon sind sogenannte Zentren der sexuellen Gesundheit, die Vertrauen schaffen und Anlaufstelle für besonders vulnerable Gruppen sein können.

Seit langem setzten wir GRÜNE uns für die Abschaffung der Einschränkungen bei der Blutspende ein, die jetzigen Reformen sind noch längst nicht ausreichend. Erst die vollständige Abschaffung der Einschränkungen aufgrund der sexuellen Oriertung und Identiät und die alleine Betrachtung des individuellen Risikos bedeuten ein Ende der systematischen Diskriminierung. Dafür setzten wir uns als GRÜNE NRW auf der Bundesebene ein.